Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

„Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 232. [49. Jahrgang.] Sonntag den 3. Oktober 1909. Erste (Abend-)Ausgabe. [49. Jahrgang.] Nr. 232.

Berlin, den 2. Oktober.

Rückblick.

An Auseinandersetzungen auf dem innerpolitischen Gebiete ist in der Presse kein Mangel gewesen, und die Frage nach der Zweckmäßigkeit gewisser Erörterungen trat dabei sehr merklich hinter dem Eifer und der Freude an neuen oder nicht mehr neuen Argumenten zurück. Wie so häufig, hat die Uebertreibung dann ermüdend gewirkt. Gerade während der ablaufenden Woche verstärkten sich die Stimmen zu Gunsten einer großzügigeren und schon deshalb unbedingt würdigeren Auffassung der Dinge. Hierher zählte ein Anruf in den Münchner Neuesten Nachrichten, wieder vorwärts zu blicken und zu gehen, um zu den höheren Gesichtspunkten zurückzufinden. Denn die Deutschen, ein Volk von sechzig Millionen, hätten einen Berg von Kulturarbeit vor sich, dem jedes neue Jahr neue Aufgaben hinzufüge. Darum müsse man heraus aus dem Geschwätz und der Gehässigkeit, aus der Kopfflechterei und der niedrigen Zänkerei. Auch an konkreter gehaltenen Hinweisen fehlte es nicht. In einer Rede, die der nationalliberale Abgeordnete des Landtagswahlkreises Duisburg, Dr. Beumer, dort über die politische Lage gehalten hat, fand sich eine ernste Abmahnung an die bisherigen Blockparteien vor dauernder Verseindung. Der Redner erklärte einen solchen Zustand schon im Interesse des Vaterlandes für ganz unmöglich, weil für das Deutsche Reich die allergrößte Gefahr mit ihm verbunden sein würde. Hätten die Nachwahlen der jüngsten Zeit gezeigt, wie befreundet Zentrum und Sozialdemokraten seien, so sollten die bisherigen Blockparteien angesichts solcher Sachlage wahrlich etwas Besseres zu tun haben, als sich gegenseitig zu befehden. Deshalb sei noch immer nicht notwendig, daß die Liberalen den Konservativen nachliefen. Das Verhältnis der Konservativen zu den Liberalen in den Westprovinzen sei übrigens ein ganz anderes als im Osten, und gerade im Westen hätten die Konservativen stets mit den Liberalen treueste Waffenbrüderschaft gehalten. — Mit den Mißhelligkeiten innerhalb der konservativen Partei selbst hat sich sodann ein Artikel der freikonservativen Post in einer angemessenen Weise beschäftigt, die jedenfalls frei von dem geringsten Verdachte des Uebelwollens gewesen ist. Bisher waren die Konservativen davor bewahrt geblieben, das Schauspiel unfreiblicher Debatten im eigenen Lager zu geben. Denn die ausgezeichnete Disziplin, so führte das genannte Blatt näher aus, die den der konservativen Partei angehörigen Personen meistens aus ihrer bürgerlichen Stellung her schon im Blute stecke, habe ein direktes Rebellieren gegen Parteivorstand oder Fraktion noch nie aufkommen lassen. Wo jemals solche Anzeichen vorhanden waren, traten sie bald auch bei verhältnismäßig geringfügigeren, das ganze Volk nicht so aufrüttelnden Fragen, wie bei den jetzigen Steuerfragen auf. „Wenn auch nicht vor dem Berufspolitiker, dem Abgeordneten und der gegnerischen Presse, so hat doch vor dem einfachen Wähler stand die konservative Partei als eine stets geschlossene Masse da, die zwar vielfach als reaktionär verschrieen war, die aber einen unübertrefflichen Korpsgeist zeigte, und der Hohn und Spott, der sich von gegnerischer Seite an sie heranwagte, war doch eigentlich nur ein Ausfluß der ohnmächtigen Wut, und nicht zum geringsten Teil unwillkürlich der Achtung vor dem ruhigen, einigen Machtfaktor entsprungen. Daher ist es ein ganz ungewohntes und um so mehr Aufsehen erregendes Schauspiel, wenn sich Kritik, Mißfallen und offene Empörung gegen die Partei jetzt so offensichtlich betätigen, und man legt diesen Erscheinungen nicht mit so großem Unrecht, wie die Conservative Correspondenz meint, Wichtigkeit bei. Der immer noch gern geübte trotzige, selbstbewußte Ton, der auch jetzt noch aus allen Aeußerungen von konservativer Seite herausklingt, ist auch durchaus nicht danach angetan, die Gegenbewegung in der Partei abflauen zu lassen." Man sollte weniger mit harten Vorwürfen gleich dem der politischen Unehrlichkeit und ähnlichem operieren, als in geschickter, gewinnender, liebenswürdiger Weise eine Versöhnung anzubahnen suchen.

Gelingt es den bürgerlichen Parteien im Reichstagswahlkreis Halle a. S., was man guten Aussehen gewonnene Mandat geschlossen zurückzuerobern, so wird ein solches Vorbild gewiß nicht ohne förderlichen Eindruck bleiben. Schon jetzt darf der Stand der dortigen Wahlbewegung als ein erfreuliches Symptom angesehen werden. In einer großen öffentlichen Wählerversammlung wurden dem Kandidaten Reimann seitens der Hallenser Parteiführer Erklärungen zu teil, die alle Zweifel an einem energischen Zusammengehen zerstreuen müssen. So versicherte Dr. Schöner namens des Jungliberalen Vereins, daß man sich mit aller Begeisterung im Wahlkampf für Reimann betätigen wolle. Die Jugend könne manches, was dem Alter schwer falle; sie könne schleppen, die Sämmigen zur Urne holen, und das wollen wir! Oberlehrer Prof. Dr. Sudsland erklärte: Zwischen uns sei Waffenfreiheit. Wir Konservativen verlangen nicht, daß der freisinnige Kandidat auch nur ein Jota seiner Grundsätze aufgebe: wir wissen, was uns trennt, und der Kandidat hat auch nicht versucht, die Gegensätze zu verbergen. Dennoch: wir treten für ihn ein, ich hoffe, meine Anhänger werden mir darin gern folgen. Für uns gilt der Kampf der internationalen, kultur- und volksfeindlichen Sozialdemokratie. Auf diesem Boden, auf dem Boden eines fröhlichen, nachdrücklichen Wahlkampfes, werden wir uns zusammenfinden und gemeinsam die Wahlschlacht schlagen zum Siege der bürgerlichen Sache. Gleichen Beifall fand der freikonservative Redner, Justizrat Glimm. Wir von der Reichspartei wissen, so führte er, nach der Saale-Zeitung, aus, trotz aller trennenden Linien, daß der Liberalismus ein notwendiger Faktor für eine vernünftige Entwicklung in unserem Vaterlande ist. Halles Reichstagsnachwahl hat Bedeutung weit über das Weichbild unserer Stadt hinaus. Ganz Deutschland sieht auf uns. Als wir 1907 die rote Zwingburg stürmten, da ging ein Jubel durch das nationale Deutschland. Heute hat allgemeine Verbitterung die sozialdemokratischen Bewegung einen mächtigen Impuls gegeben. Sie hat große Hoffnungen für den nächsten Feldzug. Wir in Halle liefern mit unserer Ersatzwahl das Vorpostengefecht. Liebe zum Vaterland, Liebe zur Heimat, zur alten guten Saalestadt und zum dritten die Ueberzeugung, es handle sich um eine Ehrensache, diese drei mögen alle nichtsozialdemokratischen Wähler auf die Schanze treiben, dann verschellt der Anfturm der Gegner, und über unserem Wahlkreis leuchten in goldenen Lettern die Worte: deutsch, national ehrenhaft! — Hiernach ist die Hoffnung gewiß berechtigt, daß der Wahltag in Halle die „Genossen" an die festen Grenzen ihrer agitatorischen Betriebsamkeit erinnern dürfte. Geht doch aus den hier mitgeteilten Kundgebungen zugleich hervor, daß die bürgerlichen Wähler entschlossen sind, ihrer Einheitlichkeit auch durch rührriges Vorgehen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen.

Hat das Bestreben nach einer Einigung der Linksliberalen innerhalb dieser Parteien auch lebhafte, zum Teil drängende Befürwortung gefunden, so halten die führenden Elemente eine Ueberstürzung damit doch für das Bedenklichste. Wohl ist der Volksparteiler Konrad Haußmann schon mit einer Reihe von Thesen hervorgetreten, die der Fusion unbedingt das Wort reden, unter Hervorkehrung des Satzes, die Demokratie müsse tolerant sein. Sachlich sei ein gemeinsames Programm bereits vorhanden, und dem einen Programm entspreche die eine Partei. Darum genüge eine bloße Verständigung für die nächsten Wahlen dem Bedürfnis der Parteien und der freigesinnten Wählerschaft nicht. Sie beseitige nicht die Schädigung der unvermeidlichen Hervorkehrung der Parteiverschiedenheit in Versammlung und Presse. Der Zeitpunkt sei günstig, denn eine politische Periode ist abgeschlossen, eine neue beginnt. Dies rechtfertige und fordere, die bisherige Annäherung der drei Parteien zu einem formellen und materiellen Abschluß zu bringen und dem Schein der Unentschlossenheit zu vermeiden. — Zu einer anderen, zurückhaltenderen Auffassung gelangten die Beratungen des Vierausschusses der drei Parteien, der sich am vergangenen Sonntag in München mit der Frage befaßte. Es wurde Einverständnis darüber festgestellt, daß ein Zusammenschluß durch einfachen Uebertritt der anderen beiden Gruppen zur Freisinnigen Volkspartei nach Lage der Dinge ebenso ausgeschlossen sei wie eine ungenügend vorbereitete Verschmelzung ohne vorherige Verständigung über die wesentlichsten programmatischen, organisatorischen und taktischen Fragen. Der Vierausschuß betrachtete es als seine Aufgabe, diese Verständigung unter Mitwirkung der zuständigen Parteiorgane energisch zu betreiben, ist in die Beratung der in Betracht kommenden Einzelfragen eingetreten und wird demnächst die Verhandlungen fortsetzen. Ferner hat er beschlossen, daß ohne Verzug eine volle Verständigung zwischen den drei Parteien über ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Wahlen herbeigeführt werde. — Die Kölnische Zeitung knüpfte an den Verlauf der Münchener Verhandlungen die folgende Betrachtung:

„Das einfachste wäre ja unzweifelhaft, wenn die kleineren Parteien einfach zu der größeren — der Freisinnigen Volkspartei — übergingen, sich in ihr häuslich einrichteten und dann als neue Hausgenossen ihre besonderen Ideen mit den parteitaktisch nötigen Einschränkungen in den neuen erweiterten Kreis zur Geltung zu bringen suchten. Die Unterschiede, die diese Parteien trennen, sind im Grunde nicht so groß, daß eine solche Lösung unmöglich schiene. Aber gerade bei der Freisinnigen Vereinigung und bei der Süddeutschen Volkspartei ist man auf bestimmte „Grundsätze" eingeschworen, an denen Inhalt und Form man nicht rütteln mag. Mißtrauen scheint auch die Besorgnis zu herrschen, daß man innerhalb der Wählerschaft ein einfaches Aufgehen in die Freisinnige Volkspartei weder verstehen noch billigen würde. Wie weit das zutrifft, ist schwer zu sagen, und wenn innerhalb dieser einzelnen Parteien auch sicherlich starke Partikularströmungen vorhanden sind, so ist doch auch vielfach der ausgesprochene Wunsch nach einer Vereinigung der linksliberalen Fraktionen sehr nachdrücklich hervorgetreten. Die Herren, die neulich in München tagten, haben den Wunsch nicht aufgegeben, schließlich doch noch zu einer Vereinigung zu gelangen, die allerdings nicht als Aufgehen in der Freisinnigen Volkspartei, sondern als Bildung einer neuen Fraktion gedacht ist. Die Mittel und Wege hierzu wollen sie in weiteren Verhandlungen zu finden suchen, einstweilen aber scheinen die Beratungen jedenfalls das eine Ergebnis gehabt zu haben, daß eine vollkommene Einigung über ein gemeinsames Vorgehen der linksliberalen Partei bei den Wahlen herbeigeführt werden soll. Schon das wird nicht ganz leicht sein, aber auch wir können nur dringend wünschen, daß es gelingen möge. Gerade bei den liberalen Parteien zeigt sich das deutsche Erbübel der Eigenbrödelei und das Unvermögen, persönliche an sich gewiß sehr achtungswerte Sonderauffassungen mit Rücksicht auf die gemeinsamen großen Ziele zurückzustellen und über sie, was die Geister trennt, das zu vergessen, was sie einigen sollte. Es liegt darin ein Mangel an politischer Einsicht und politischer Schulung, und wenn diesem abgeholfen werden könnte, so würde auch vieles für den Liberalismus besser werden."

Während der linksliberale Vierausschuß in München beriet, fand in Nürnberg eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Landespartei in Bayern statt, die mit einstimmiger Annahme einer Entschließung endete, worin dem Abg. Casselmann gegen seine jungliberalen Gegner beigetreten wurde. Zugleich ist der Führer der letzteren, Landtagsabgeordneter Hübsch, aus den Listen der Partei gestrichen worden. Wir leiten den Wortlaut des Beschlusses in Nr. 230 mit; es geht aus ihm hervor, daß die Stellungnahme der Partei zu dem kritischen Punkte der Lehreraufbesserung für Bayern, aus dem der Streit gewissermaßen seine Nahrung sog, noch geklärt werden soll. Eine Zuschrift des Abg. Dr. Müller-Meiningen an den Hofer Anzeiger empfiehlt allen bayerischen Liberalen, besonders der Lehrerschaft, den Streit vorerst in der Oeffentlichkeit ruhen zu lassen. Es bestehe begründete Aussicht, daß die vom Standpunkte aller Beteiligten, am meisten aber vom Standpunkte des vor den schwersten Kämpfen stehenden Liberalismus, bedauernswerten Dissidien in den nächsten Tagen „zur Erledigung insofern kommen, als eine offene gegenseitige Aussprache über die beklagenswerten Dissidien eine Besserung der Verhältnisse verspricht. Wollen wir zum Vergnügen unserer gemeinsamen Gegner die Selbstmordpolitik — womöglich im Zeichen der „Einigung" — fortsetzen, statt unsere ganzen Kräfte gegen die Gegner zu konzentrieren? Schadenfroh lauern unsere schwarzen und roten Gegner, triumphierend über den Mangel an Selbstzucht und Disziplin, der im liberalen Genossen den Feind sieht, weil dieser vermeintlich oder wirklich einen Fehler begangen hat. Wollen wir die Toleranz, für die wir gegenüber unseren politischen Gegnern kämpfen, nicht einmal auch uns selbst konzedieren? Wie sollen die Abgeordneten ihre Kampfpflichten erfüllen mit Hader und Streit, Mißtrauen und Selbstzerfleischung im Rücken? Solches Vorgehen ist nicht nur ein Verbrechen gegen die gemeinsame Sache, sondern eine politische Dummheit irreparabler Art, wenn es in solchem Tone weitergeht!" Zugegeben, daß die hier entwickelten allgemeinen Gesichtspunkte auch für sich haben, bleibt es noch immer die Frage, ob die nun einmal entfesselten Gegensätze sich der Mahnung bis auf weiteres fügen. — Größere Aussichten auf einen vorläufigen Waffenstillstand eröffnete der Verlauf, den die Tagung des Ausschusses der hessischen Nationalliberalen in Darmstadt nahm. Die Verteidigung der beiden Abgeordneten Frhr. v. Heyl zu Herrnsheim und Graf Oriola vor dem Gremium ihrer Partei war ziemlich energisch und zuletzt erfolgreich, denn die meisten Mitglieder der hessischen Landtagsfraktion legten sich für eine friedliche Lösung der Frage ein, insbesondere warnte Dr. Osann ausdrücklich vor einer Ueberspannung der Gegensätze. Die Entscheidung der Frage der weiteren Zugehörigkeit v. Heyls und Graf Oriolas zur Partei nach Berlin zu übermeisen, sei unmöglich, weil sonst ein regelloser Wahlkampf unvermeidlich sei, und die Landtagsfraktion sowie die ganze Partei in Hessen auseinanderfallen würde. Die Jungliberalen zogen darauf ihre Resolution, wonach der Austritt aus der Fraktion selbstverständlich auch den Austritt aus der Partei zur Folge habe, zurück.

Auch eine Reihe von Kongressen war zu verzeichnen. In Bielefeld hielt der Gustav-Adolf-Verein seine Tagung ab, die ein Bild des erfreulichen Gedeihens der gemeinblichen Hilfstätigkeit dieser altbewährten Institution entrollte, und in Mannheim fand die Generalversammlung des Evangelischen Bundes statt. Die Deutsch-evangelische Korrespondenz bemerkte u. a. über ihren Verlauf: „In einer Zeit, in der Oeffentlichkeit und Massenkundgebungen eine solche Rolle spielen wie in der Gegenwart, soll man sich freuen, wenn der Zweiklang „Deutsch und Evangelisch" solche Massen in Bewegung setzt, wie es in Mannheim geschehen ist. Die starke Empfänglichkeit, die dort den Bundesgedanken entgegengebracht wurde, der einmütige, rauschende Beifall, der den Reden aus freier, durch keine Disziplin angezwungener Anteilnahme heraus gespendet wurde, verbürgen, daß der Evangelische Bund ein Volksbund ist von machtvoller, lebenweckender Wirkung auf die evangelischen Volksmassen. In unermüdlicher Arbeit trotz der Gegner und Neider ringsumher und mit zielbewußtem Verständnis für das über den Parteien schwebende deutsche und evangelische Ideal hat er es verstanden, unter Vereinigung er verschiedensten kirchlichen Richtungen bei hoher Fahne, die breitesten Volksmassen für die Güter zu begeistern." — Recht anregend gestalteten sich die Diskussionen der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, dessen Mitglieder sich diesmal in Wien zusammenfanden. Der Freiburger Professor Mombert hatte über die Verhältnisse der Gemeindearbeiter referiert und sich mit Nachdruck für eine möglichst weitgehende Kommunalisierung ausgesprochen. Dem widerstritt Professor Alfred Weber, der mit seinem vor der Zeit emeritierten Bruder Max die Freude am Radikalismus und der nicht allzu sorglich abgewogenen sitzenden Antithese gemein zu haben scheint. Weber gab sich als extremen Individualisten. Kommunalisierung bedeutet ihm zunehmende Bureaukratisierung; Bureaukratisierung aber Verspießbürgerlichung und Verproletisierung der Arbeiter, des einzigen Salzes, womit Herr Prof. Alfred Weber in Deutschland noch salzen mag. Weshalb er denn das Streikrecht für alle kommunalen Angestellten einschließlich der Beamten forderte. Unseres Beamtentums nahm sich hernach Geh. Rat Professor Adolf Wagner und der verehrte und verdiente, auch sozialpolitisch sehr lebhaft interessierte Ministerialdirektor Thiel aus dem preußischen Landwirtschaftsministerium an. Er leugnete nicht ganz die Gefahren der kommunalen und staatlichen Betriebe. Aber denen, meinte er, ließe sich durch ein ordentliches Wahlrecht zu den Landtagen und den Stadtverordnetenversammlungen begegnen. Daneben aber wiesen beide Redner darauf hin, ein wie weites Maß individueller Freiheit gerade der öffentliche Dienst dem einzelnen ließe, und wie ohne unser pflichttreues und selbstloses Beamtentum der deutsche Staat nicht geworden wäre, was er ist. Nach den vorliegenden Berichten rief Professor Alfred Weber bei diesen Feststellungen immer dazwischen: „Das habe ich nicht bestritten". Dann hätte er sich aber auch, bemerkte die Nationalliberale Correspondenz mit Recht, seine zum mindesten höchst mißverständlichen Aeußerungen sparen können. Denn schließlich ist man gewohnt, an Erörterungen im Verein für Sozialpolitik andere Ansprüche zu stellen, als an Debatten in Parlament und Volksversammlung, wo der politische Kampf manches rasche Wort und manche Uebertreibung entschuldigt. — Eine noch krassere Bemerkung des Prof. Max Weber ging dahin, daß der „Arbeitgebergedanke" in den fiskalischen Kohlengruben des Saarreviers obherrsche, so daß dort der „tollste Zustand" herrschen, viel toller als in den Privatkohlengruben. Prof. Weber scheint es ja ohnehin schwer, das schöne Wörtchen „toll" bei den Antikritiken zu seinen Ausführungen ganz zu vermeiden. Aber die Tägliche Rundschau konnte erwidern, daß dieses Urteil über die Zustände im Saarrevier dort sicherlich allgemeine Heiterkeit erregt haben werde. „Leute, die sonst die Arbeiterverhältnisse im fiskalischen Kohlenrevier in der Praxis kennen gelernt haben, müssen notwendigerweise zu dem Schlusse kommen, daß die soziale Lage der Bergleute nirgends so sichergestellt ist, wie im Saarbrücker Kohlenbecken. Die vom Fiskus befolgte Lohnpolitik hat die Bergleute vor Lohnherabsetzungen bewahrt, selbst um den Preis, daß die Reineinnahmen aus den Bergwerken bedeutende Rückgänge aufwiesen. Sodann hat der Fiskus seit jeher eine verständige Ansiedlungspolitik betrieben, alljährlich erhebliche Summen als Bauprämien und zinslose Hypotheken gewährt, um den Bergleuten den Besitz eines eigenen Hauses zu ermöglichen. Daneben hat er über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus die Knappschaft mit reichen Mitteln versehen, um die Bergleute und ihre Angehörigen in weitestgehendem Maße sicherzustellen. Wie „tolle Zustände" im fiskalischen Kohlenrevier herrschen, erhellt auch daraus, daß alljährlich im Saarbrücker Handelskammerbericht aus nahezu allen Industriezweigen die Klagen wiederkehren über die Abwanderung zur Bergarbeit." Vielleicht gedachte aber Herr Prof. Weber es nebenher als toll zu bezeichnen, daß die Sozialdemokratie unter den 50 000 fiskalischen Bergleuten bisher keinen Boden gefaßt hat.

Von Interesse ist eine schneidende Abfertigung des sozialdemokratischen Beichlusses wegen der Maifeier, mit dem sich die „Genossen" diesmal in Leipzig behalfen, durch eine Zuschrift, die der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer niedergegeben hat. Es heißt hier: „Der belebende Schwung fehlte der Diskussion, neue Gedanken wurden nicht erzeugt. Was der Referent dem Parteitag unterbreitete, war trotz aller Umhüllung Verzicht auf die Arbeitsruhe . . . Der Passus: „Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Bestimmungen des Parteitages für eine würdige Feier Sorge zu tragen", besagt, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, Verzicht auf die Arbeitsruhe. Vergleicht man das, was auf früheren Parteitagen geredet, wie man 1889 den Beschluß ausgeführt wissen wollte, mit vorstehender Erklärung, dann wird das Gesagte erst recht verständlich. Auf die Dauer konnte man sich eben den Anforderungen des praktischen Lebens nicht verschließen, wenn man sich auch nur sehr scheu von der Maifeier loszumachen kann. Meiner Ansicht nach hatte ein Redner recht, wenn er sagte, daß „die Arbeitsruhe am 1. Mai die Dispositionen der Gewerkschaften durchkreuzt und sie in ihrer Taktik lahmlegt". Sie konnten und können es nicht dulden, daß von dritter Seite versucht wird, Einfluß auf ihre Entschlüsse zu gewinnen. Der Kampf um die Unabhängigkeit wird nicht eines Pappenstiels wegen geführt. Was es aber in der Praxis zu sagen hat, „wankelmütigen Führern" Maifeierbegeisterung beizubringen, wissen wir. Die Suggestionskraft der Masse versagt, wenn der Führer eben Führer und kein Gefährter ist. Hübsch und bezeichnend ist allerdings die Wertschätzung, die man solchen Führern angedeihen läßt . . . Die Wege der Gewerkschaftsbewegung laufen anders, als man auf gewisser Seite wünscht. Daß aber Logik und Konsequenz nicht immer vereint sein müssen, davon noch ein Beispiel. Ein Redner meinte, daß „wir es doch alle wissen", daß in der Großindustrie eine Arbeitsruhe unmöglich ist. Ja, so muß ich mich fragen, warum behält man dann die Maifeier überhaupt noch bei, wenn diese Erkenntnis zur Gewißheit geworden ist? Für die kleinen Krauter etwa? Denen gilt doch die Demonstration sicherlich in allerletzter Linie; 's ist eine schiefe Bahn, auf der man fährt. Und dem Materialisten Kautsky sieht der Idealismus auch nicht schlecht. Wie sagte doch Karl Marx: „In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, d. h. die Wirklichkeit und Macht, die Diesseitigkeit seines Denkens beweisen." Das dürfte sich mancher, der zur Maifeier gesprochen, merken. Alles in allem kann man zufrieden sein mit der Entwicklung, die die Maifeier jetzt genommen. Wir weinen ihr keine Träne nach. Was sie uns brachte, waren Enttäuschungen." — Das Gewerkschaftsorgan stimmt dem vollkommen zu; es sei überflüssig, wegen der toten Maifeier noch ein Wort zu verlieren.

Immerhin hat es zu Beginn der Maifeierbewegung einen, nun schon fernen, Zeitabschnitt gegeben, in dem sich die Sozialdemokratie wirklich etwas von dem Gedanken versprach. Ganz anders steht es mit dem neuesten Einfall, im drastischen Gegensatz zu früheren Anforderungen an einen rechten „Genossen" jetzt den Branntweingenuß zu verfemen. Der Parteivorstand hat sich zu wahren Donnerworten im Vorwärts aufgerafft. Man habe in Leipzig unter einstimmiger begeisterter Zustimmung den Branntweinboykott verhängt. „Wir wollen dadurch noch zwei Seiten wirken. Es soll dem die Gesundheit und geistige Leistungsfähigkeit aufs schwerste schädigenden Fuselgenuß nach Möglichkeit Einhalt getan werden, es soll ferner unseren Schnaps produzierenden Junkern, die erst wieder im Reichstage mit Hilfe ihrer Freunde in den bürgerlichen Parteien einen Raubzug ersten Ranges auf die Taschen der Branntwein trinkenden Bevölkerung unternommen haben, dieser Raub nach Kräften vergällt werden." Also soll diese Bevölkerung gewissermaßen verschwinden, aber es zeigt sich gerade in den sozialdemokratischen Versammlungen, daß diese Bevölkerung selbst nicht daran glaubt, oder, wie es Dresdener Agitator betrübt meinte, daß ihr der nötige Ernst für diesen Glauben fehlt. Ueberhaupt zeigt sich bei der Behandlung des Abstinenzgebots ein seltener Gast in der sozialdemokratischen Presse, nämlich ein Stückchen Humor, von der unglaubigen Sorte allerdings. So sagt das Organ der Leipziger Lokalisten: „Unsere Genossen ersuchen wir, ihren ganzen Einfluß, wo es auch sei, geltend zu machen und die Arbeiter vom Fuselgenuß abzuhalten. Ob diese Resolution viel nützt, wird davon abhängen, wieviel sie von denen, die sie zu einstimmigem Beschluß erhoben haben, selbst ernst genommen und von den vielen Partei- und Gewerkschaftsblättern für ihre Verwirklichung eingetreten wird. Vielleicht empfiehlt es sich, daß der Verband der „freien Gastwirte", die doch alle Sozialdemokraten sein wollen, ein Plakat vom Vereins wegen anfertigen läßt mit der Aufschrift: „Branntweintrinken ist in diesen Räumen verboten." Das würde noch die beste Wirkung ausüben." — Es pflegt nicht viel bei Unternehmungen herauszukommen, in denen sogleich um den Verzicht auf den Vortritt gestritten wird.

Auf westfälischem Boden, in Herne, wird mit 1. Oktober dreimal wöchentlich eine neue polnische Zeitung erscheinen, der Narodowiec, deren Abonnementseinladung an nationalistischer Agitation bereits das menschenmöglichste leistet hat. Als charakteristischer Beleg für diese Art Hetzerei seien folgende Sätze mitgeteilt: „Wir werden alle unsere Kräfte dazu anwenden, daß nach Möglichkeit jeder Pole einem polnischen Verein und der polnischen Organisation angehöre, und zugleich darauf hinarbeiten, daß kein einziger Pole in einer deutschen Organisation zu finden ist. Bei jeglichen Wahlen werden wir dafür kämpfen, daß das polnische Volk seine eigene Bürgermacht behält und nur für eigene Kandidaten stimmt; denn das Emporarbeiten des Volkes durch nationale Agitation hat dauernde Bedeutung, ist hundertmal preiswerter als ein zweifelhafter Nutzen von kurzer Dauer, wie ihn das Kompromiß oder eine Vereinbarung mit den deutschen Parteien gibt." Der Narodowiec will allen nationalpolnischen Zeitungen die Hand reichen, insonderheit dem radikalpolnischen Wiarus Polski in Bochum, aus dessen Redaktion allerdings nach der Mitteilung der Kattowitzer Gazeta Gornicza der Redakteur dieser neuen Zeitung „feinerzeit auf geheimnisvolle Weise hinausgeflogen ist". Dieses Kattowitzer sozialdemokratische Blatt begleitet denn auch diese Ankündigung mit bissigster Kritik und fordert die polnischen Genossen auf, das „arbeitende polnische Volk vor nationalen Beschützern zu bewahren", wie es Brejski, der Besitzer des Wiarus Polski, und dieser neue Redakteur seien. Das Streben der polnischen Zeitung will sich vor allem darauf richten, aus den polnischen Wohnungen die deutschen Zeitungen durchaus zu verdrängen. Gelingt ihr dies, so träfe das wohl so gut wie ohne Ausnahme deutsche Zentrumsblätter.

Rundschau im Auslande.

Ein Vergleich der deutschen mit der französischen Marine.

Paris, 2. Oktober. In der Wochenschrift Opinion veröffentlicht Laurier, der Chef der Marinekommission, einen Artikel, in dem er die Organisation der französischen und deutschen Marine miteinander vergleicht und u. a. schreibt:

Mit nur drei Arsenalen, von denen das Danziger nur eine Nebenrolle spielt, hat die deutsche Marine nach der englischen die furchtbarste der Welt werden können. 36 Offiziere unter Generalrang genügen in der deutschen Marine, um alle militärischen und industriellen Dienstzweige zu leiten sowie den Befehl über sämtliche Geschwader zu führen. Frankreich braucht, um seinen gegenwärtigen Rang zu behaupten, nicht weniger als sechs Arsenale sowie zur Leitung der verschiedenen Dienstzweige und zur Befehlsführung über seine zwei Geschwader nicht weniger als 45 Offiziere mit Generalrang.

Laurier fordert schließlich, daß Frankreich, soweit es mit seinem politischen Regime vereinbar, einige Grundsätze der deutschen Marineorganisation sich zu nutze machen möge.

Mahmud Schewket-Pascha in Paris.

Paris, 1. Oktober. Präsident Fallières gab dem türkischen Generalissimus Mahmud Schewket-Pascha heute in Rambouillet ein Frühstück, an dem auch der türkische Botschafter, Ministerpräsident Briand, der Minister des Aeußern Pichon und Kriegsminister General Brun teilnahmen.

Paris, 1. Oktober. Mahmud Schewket-Pascha ist heute abend mit dem Orient-Expreßzug von hier abgereist.

Zur auswärtigen Politik der Niederlande.

Haag, 2. Oktober. Der Minister des Aeußern hat der Zweiten Kammer ein Orangebuch unterbreitet, das eine Uebersicht über die wichtigsten vom 1. Januar bis 15. September d. J. vom Ministerium des Aeußern bearbeiteten Angelegenheiten enthält, soweit sie sich für zur Veröffentlichung eignen.

Das Orangebuch teilt mit, daß die Verhandlungen über den Schiedsgerichtsvertrag mit Italien binnen kurzem zur Zufriedenheit beendigt sein werden. Die Regierung verhandle ferner mit Argentinien, Brasilien und Norwegen über den Abschluß von Schiedsgerichtsverträgen, die nach ihrem Zustandekommen den Generalstaaten zur Genehmigung vorgelegt werden würden. Das Resultat der Londoner Marine-